

Unabhängiger europäischer Presse- und Informationsdienst
für Agrarpolitik und Agrarwirtschaft

BONN • BERLIN • BRÜSSEL • PARIS • MADRID • WIEN

Herausgeber und Verlag:
Agra-Europa GmbH
Kessenicher Straße 221
53129 Bonn
info@agra.de • www.agra.de

56. JAHRGANG

9. FEBRUAR 2015 - NR. 7

Horper neuer Präsident des BWV Rheinland-Nassau

Michael Horper ist neuer Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau (BWV). Der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes Bitburg-Prüm wurde vergangene Woche in Koblenz von den BWV-Delegierten mit 66% der Stimmen gewählt und konnte sich gegen Ulrich Schreiber durchsetzen. Der 57-jährige Horper, der einen Milchviehbetrieb in Üttfeld in der Eifel führt, vertritt künftig die Interessen von rund 17 000 Mitgliedern in Eifel, Hunsrück, Westerwald und Taunus sowie in den Weinanbaugebieten an Ahr, Mittelrhein, Mosel und Nahe. Seine Amtszeit ist auf fünf Jahre festgelegt.

Länderberichte 9

Agrarverhandlungen in der Doha-Runde gehen weiter

Würden die Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) die Doha-Runde gemäß dem aktuellen Verhandlungsstand abschließen, müsste die Europäische Union ihre Agrarsubventionen nicht anpassen, wohl aber die Vereinigten Staaten. Das geht aus Berechnungen hervor, die beim jüngsten Treffen des WTO-Agrarausschusses in Genf diskutiert wurden. Danach wären die USA von Änderungen an der sogenannten De-Minimis-Klausel besonders betroffen. Unter diese Klausel fallen Subventionen, die, obwohl sie handelsverzerrend sind, bei den Berechnungen für die „Gelbe Box“ in der WTO außen vor bleiben.

EU-Nachrichten 3

Gericht kippt Tötungsverbot für Eintags- küken in Nordrhein-Westfalen

Der Erlass des nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministers Johannes Rimmel zum Verbot des Tötens von männlichen Eintagsküken ist unzulässig, da es im Bundestierschutzgesetz dafür keine Rechtsgrundlage gibt. Dies hat das Verwaltungsgericht in Minden entschieden. Mangels praxistauglicher Alternativen hätte das Tötungsverbot aus Sicht der Richter das Aus für die betroffenen Brütereien bedeutet. Rimmel kritisierte das Urteil und kündigte Berufung an. „Tiere sind keine Abfallprodukte“, betonte der Minister und rief das Berliner Agrarressort auf, das Bundestierschutzgesetz nun entsprechend zu ändern.

Länderberichte 17

Mindestlohn: LEH in der Pflicht

Die befürchteten negativen Auswirkungen des Mindestlohngesetzes auf die deutsche Erzeugung von Obst und Gemüse waren auch Thema auf der Fruchthandelsmesse Fruit Logistica in Berlin. Dabei sehen der Deutsche Bauernverband (DBV) und der Bundesverband der obst-, gemüse- und kartoffelverarbeitenden Industrie (BOGK) ausdrücklich auch den Lebensmitteleinzelhandel (LEH) in der Pflicht. Der DBV betonte, dem Bekenntnis zu Regionalität müssten jetzt Taten folgen. Ohne eine entsprechende Anpassung der Erzeugerpreise könnten beispielsweise Erdbeeren, Einlegegurken und Spargel aus Deutschland nur noch eingeschränkt angeboten werden. Der BOGK befürchtet ebenfalls eine Verlagerung von Anbau und Verarbeitung ins Ausland. Der Zentralverband Gartenbau (ZVG) begrüßte unterdessen die Ankündigung von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, die Auswirkungen der Umsetzung des beschlossenen gesetzlichen Mindestlohns durch eine Kommission prüfen zu lassen. Derweil sieht die Messe Berlin die Fruit Logistica angesichts der diesjährigen Resonanz in ihrer führenden Rolle als Innovationsplattform für den internationalen Fruchthandel bestätigt. Mit 2 785 Ausstellern und insgesamt rund 65 000 Fachbesuchern seien nach dem vergangenen Rekordjahr neue Spitzenwerte verzeichnet worden. Im Rahmen der Fachforen wurden unter anderem die Ansprüche der Verbraucher und mögliche Strategien für Vermarktungsorganisationen und Lebensmittelhändlern diskutiert. Neue Kommunikationswege standen dabei im Mittelpunkt.

Länderberichte 1 und 15

DEUTSCHLAND

LOHN

Mindestlohn: Lebensmittelhandel in der Pflicht

Die durch die gesetzliche Regelung entstehenden Mehrkosten müssen den Verbrauchern kommuniziert werden - Ein „weiter so“ ist beim Handel nicht möglich - Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung befürchtet - Nachjustierung bei bürokratischen Vorschriften dringend erforderlich - BOGK will aktivere Kommunikationspolitik betreiben

BERLIN. Die negativen Auswirkungen des Mindestlohngesetzes auf die deutsche Erzeugung von Obst und Gemüse haben laut Deutschem Bauernverband (DBV) die weltgrößte Messe für Obst und Gemüse, die Fruit Logistica in Berlin, überschattet. Nach Einschätzung des DBV wird es in der Verantwortung des Lebensmitteleinzelhandels liegen, jetzt dem Bekenntnis zu Regionalität Taten folgen zu lassen und dem Verbraucher auch 2015 ein breites und vielfältiges Angebot an heimischem Obst und Gemüse zugänglich zu machen. Ohne eine entsprechende Anpassung der Erzeugerpreise könnten beispielsweise Erdbeeren, Einlegegurken und Spargel aus Deutschland nur noch eingeschränkt angeboten werden, warnte vergangene Woche der Bundesausschuss Obst und Gemüse (BOG) beim DBV. Der Bundesverband der obst-, gemüse- und kartoffelverarbeitenden Industrie (BOGK) befürchtet einen starken Rückgang bei den Sonderkulturen und Einbußen bei den verarbeitenden Betrieben beziehungsweise eine Verlagerung der Produktion ins Ausland, wenn der Lebensmitteleinzelhandel nicht die höheren Kosten der Erzeuger berücksichtigt. Die „social compliance“, die der Handel für sich beansprucht, sollte er auch für die Erzeuger ermöglichen, so der BOGK. Daneben sieht der Bundesverband auch die Politik weiter gefordert.

Schutzmechanismen erhalten

BOGK-Geschäftsführer Christoph Freitag kündigte an, sich bei Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles dafür einzusetzen, dass die Dokumentationspflichten für den Mittelstand abgebaut werden. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt sei indes aufgefordert, die regionalen Schutzmechanismen zu erhalten, gerade im Hinblick auf die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den USA. Auch müsse Schmidt den Export von deutscher Ware unterstützen, betonte Freitag. Der Zentralverband Gartenbau (ZVG) begrüßte unterdessen die Ankündigung von Nahles, die Auswirkungen der Umsetzung des beschlossenen gesetzlichen Mindestlohns durch eine Kommission prüfen zu lassen. „Insbesondere der erheblich höhere Verwaltungsaufwand durch die Aufzeichnungspflichten, die Einschränkungen bei den Arbeitszeitkonten und die nicht gelösten Fragen im Zusammenhang mit den mitarbeitenden Familienangehörigen müssen dringend nachverhandelt werden“, erklärte ZVG-Präsident Jürgen Mertz. Das jetzige Gesetz sei ein Bürokratiemonster. Bereits Anfang Januar habe Nahles zugesagt, gemeinsam mit dem Berufsstand nach Lösungen suchen zu wollen. Man nehme die Ministerin beim Wort und werde die Verhandlungen genau verfolgen, so Mertz.

Für Sauerkonserven im Jahr 15 Euro mehr

Freitag stellte gemeinsam mit Vertretern aus der Praxis auf der Fruit Logistica klar, dass die Branche nicht grundsätzlich gegen den Mindestlohn sei. Der Schlüssel zum Erfolg liege aber beim Lebensmitteleinzelhandel und bei den Verbrauchern. Hier müsse man ansetzen. Der BOGK will jetzt laut Freitag aktiver in der Kommunikationsarbeit nach innen und nach außen wirken und die Branche insgesamt „aktivieren“. Der Geschäftsführer der Gurken Erzeuger Organisation (GEO) Bay-

ern, Klaus Beiswenger, schätzt, dass aufgrund des gesetzlichen Mindestlohnes die Verbraucher in Deutschland durchschnittlich rund 15 Euro mehr für Sauerkonserven im Jahr ausgeben müssen. Das sei nicht viel für den einzelnen Haushalt, sichere aber das Überleben der Hersteller.

Ohne deutsches Konto

Beiswenger führte außerdem verschiedene Beispiele an, warum die Arbeitsbedingungen der Saisonarbeitskräfte in Sonderkulturen nicht zu den Regelungen des gesetzlichen Mindestlohnes passen. Der Aufwand bei den Dokumentationspflichten sei bei teilweise mehr als 100 Beschäftigten weitaus höher als beispielsweise in einem Handwerksbetrieb. Die geforderte Auszahlung des Lohnes spätestens acht Wochen nach Vertragsbeginn werde von den Erntehelfern selbst abgelehnt, berichtete Beiswenger. Die meisten hätten kein deutsches Konto und wollten keinen „Batzen unter dem Kopfkissen“, sondern höchstens eine Vorauszahlung. Kritisch sieht der GEO-Geschäftsführer zudem die Stundenvorgaben und Ruhezeiten. Gurken würden sich in ihrem Wachstum nach dem Wetter und nicht nach den Wochentagen richten. Ernte- und Arbeitsspitzen ließen sich nicht vermeiden. Letztlich würden die Betriebe wohl mit noch mehr Saisonarbeitskräften versuchen, den Vorgaben zu entsprechen.

Geldtransfer in die Herkunftsländer

Sauerkonservenhersteller Alfred Paulsen äußerte die Befürchtung, dass die mit dieser Branche verbundene Wertschöpfung aus Deutschland verschwindet. Er geht davon aus, dass mindestens ein Drittel der Betriebe mit Sonderkulturen in Deutschland in den nächsten zehn Jahren eingehen. Der gesetzliche Mindestlohn bei den Erntehelfern wirke zudem wie ein direkter Geldtransfer in die Herkunftsländer. Das könne nicht Sinn der Sache sein. Für Gemüseanbauer und -händler Richard Heinrich sind die Vorschriften zum Mindestlohn „ideal für Kugelfabriken“, nicht jedoch für die Landwirtschaft mit ihrer hohen Wetterabhängigkeit. Heinrich sieht sich als Erzeuger dabei im selben Boot wie die Sauerkonservenhersteller. Mit einer kommenden großen Mechanisierungswelle rechnet Erich Mauer von der Firma Stollenberg. Kulturen wie Weißkohl würden künftig nur noch vollmechanisch geerntet. Der Anbau anderer Frucht- und Gemüsearten, wo diese Ernteverfahren nicht möglich seien, werde verlagert, mit allen Folgen für die Wertschöpfung im ländlichen Raum und die Arbeitsplätze vor Ort. Letztlich werde die Verarbeitung dem Anbau folgen, allein schon, um Qualitäts- und Sozialstandards, die vom deutschen Handel gefordert würden, zu gewährleisten, so Mauer.

Herkunft der Rohware kennzeichnen

Den derzeitigen Umgang des Lebensmitteleinzelhandels und der Discounter mit den Lieferanten kritisierte Heinz-Peter Frehn vom gleichnamigen Gurkenhof scharf. Man brauche vernünftige Verträge, die nicht nachträglich geändert würden, und eine gewisse Abnahmesicherheit. Als weiteren Lösungsansatz nannte Frehn eine Kennzeichnungspflicht für Rohware. Dann sei den Verbrauchern auch bei Produkten ohne geschützte geografische Angaben sofort die Herkunft klar. Der Konsument könne dann selber entscheiden, wie er zu Einlegegurken aus Indien, Vietnam oder anderen Ländern stehe. Ähnlich äü-

berte sich der Geschäftsführende Gesellschafter des Konserven- und Feinkostherstellers Jütro, Bernd-Richard Meyer. Der Verbraucher sei mündig und werde sich richtig entscheiden, müsse aber dazu auch befähigt werden. Den Handel zu

überzeugen, werde schwieriger sein. Die Erfahrungen in der Vergangenheit hätten gezeigt, dass höhere Kosten lediglich die Erlöse der Produzenten schmälerten, sagte Meyer. Preisanpassungen des Handels habe es dagegen nicht gegeben. AgE

DEUTSCHLAND

BIOLANDBAU